

Berufspolitik aktuell



Die Statistik 2024 der Bundesärztekammer weist rund 437.000 berufstätige Ärztinnen und Ärzte in Deutschland aus. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von etwa zwei Prozent. Die medizinische Versorgung steht vor einer grundlegenden Herausforderung: Immer weniger Ärztinnen und Ärzte werden künftig eine stetig wachsende Zahl älterer Patientinnen und Patienten mit zunehmend komplexen Krankheitsbildern behandeln müssen.

Gleichzeitig wird die vorhandene ärztliche Arbeitszeit nicht optimal für die unmittelbare Patientenversorgung genutzt. Erhebungen zeigen, dass Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus auf Allgemeinstationen lediglich etwa 25,5 % ihrer Arbeitszeit im direkten Patientenkontakt verbringen. Auf Intensivstationen sinkt dieser Anteil aufgrund der hohen Komplexität der Versorgung sogar auf knapp 15 %. In der ambulanten Versorgung entfallen rund 49 % der Arbeitszeit auf Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben. Die Ressource Arzt wird damit nicht sachgerecht eingesetzt.

Neben der berechtigten Forderung nach einem konsequenten Abbau überbordender Bürokratie und Dokumentationspflichten müssen daher strukturelle und digitale Lösungen entwickelt werden, die Ärztinnen und Ärzte wirksam entlasten und ihnen wieder mehr Zeit für die unmittelbare Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten verschaffen. Die bisherigen IT-Initiativen haben dieses Ziel nach allgemeiner Einschätzung bislang nicht erreicht. Vielmehr haben sie häufig zu zusätzlichen Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben geführt, ohne die verfügbare Arztzeit spürbar zugunsten der Patientenversorgung zu erhöhen.

Eine vergleichbare Entwicklung ist auch im Pflegebereich zu beobachten. Hochqualifizierte Pflegefachpersonen verbringen einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit mit administrativen Tätigkeiten anstelle der direkten Patientenversorgung. Die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen hat diese Problematik bislang nicht gelöst und eine Steigerung der Versorgungsqualität mit spürbarer Entlastung des Pflegepersonals nicht erreicht.

Als Ergebnis der politischen Reformbemühungen im Gesundheitswesen der vergangenen Jahre berichtet der PwC Health Care Report über einen historischen Tiefstand der Zufriedenheit der Bevölkerung in Deutschland mit der Gesundheitsversorgung. Rund 60 Prozent der Befragten bezweifeln zudem, dass die Krankenhausreform die Versorgung verbessern und Kosten senken wird. Alle Akteure im Gesundheitswesen erleben sektorenübergreifend, dass Reformen zwingend notwendig sind. Eine bessere Strukturierung der medizinischen Notfallversorgung, der Abbau der Unterfinanzierung der Ambulantisierung sowie ein qualitätsorientierter Fokus auf die Zukunft der stationären Krankenversorgung in Deutschland sind zwingend erforderlich.

Die jetzt anstehende Reform der Notfallversorgung durch den gerade ernannten Bundesminister Dr. Carsten Linnemann muss die sachgerechte Ausgestaltung des politisch gesetzten Primärarztsystems ohne zeitliche Verzögerung der notfallmäßigen Behandlung im chirurgischen Sektor im Blick haben. Die bisherigen Bemühungen des Verordnungsgebers in Bezug auf eine Verbesserung der digitalen Zugänge zu den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens lassen nicht erkennen, dass eine erfolgsversprechende Konzeption vorhanden ist. Lösungen zu entwickeln ohne direkte Beteiligung der in der Verantwortung der Patientenversorgung stehenden Akteure des Gesundheitswesens ist schlichtweg nicht erfolgsversprechend.

Autor:in des Artikels



Dietmar Pennig

(c) Bild Interkongress
Generalsekretär

Deutsche Gesellschaft für Unfallchirurgie
Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie Berlin

 [Kontakt](#)